

GRUPPE IM RAT DER STADT LAATZEN
SPD-GRÜNE-LINKE-FAULL-SCHEIBE

Antrag
- öffentlich -

Beratungsfolge:

Drucksachen-Nr.: 2019/187

Ausschuss für Gesellschaft, Soziales, Kultur und Sport	am 29.08.2019	TOP:
Verwaltungsausschuss	am 05.09.2019	TOP:
Rat der Stadt Laatzten	am 05.09.2019	TOP:

Laatzten ist ein "Sicherer Hafen"
- Antrag der Gruppe SPD-Grüne-Linke-Faull-Scheibe im Rat

09.07.2019

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir bitten Sie, den Gremien folgenden Antrag vorzulegen:

Antrag:

Die Stadt Laatzten deklariert sich als sicheren Hafen

- Seenotrettung ermöglichen und unterstützen
- Sterben im Mittelmeer bekämpfen
- in Not geratene Menschen aufnehmen

Der Rat der Stadt Laatzten bekennt sich zu seiner Verantwortung, den Menschen zu helfen, die durch Krieg, Verfolgung und andere Notlagen ihre Heimat verlassen mussten.

Vor dem Hintergrund, dass unsere Stadt unter tatkräftiger Unterstützung zahlreicher Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Jahren Geflüchteten Obdach und Hilfe gewährt hat und dies auch weiterhin tun wird, beschließt der Rat der Stadt Laatzten:

1. Der Rat der Stadt Laatzten unterstützt wie zahlreich andere Städte die Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen“ und deklariert die Stadt Laatzten als „Sicheren Hafen“.

2. Der Rat fordert den Bürgermeister dazu auf, der Bundesregierung anzubieten, dass die Stadt Laatzten zusätzliche – über den Königsteiner Schlüssel hinausgehende - Geflüchtete, die im Mittelmeer in Seenot geraten sind, aufnimmt.
3. Der Rat appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen, insbesondere für eine gerechtere und effektivere Entwicklungshilfepolitik und dafür, dass Menschen in Seenot auf dem Mittelmeer gerettet werden:
 - Die aktive Behinderung der Arbeit der Seenotrettung durch europäische Staaten muss umgehend beendet werden.
 - Die europäische Staatengemeinschaft muss ihrer Verantwortung bei der aktiven Seenotrettung gerecht werden und darf sich nicht auf die Arbeit Dritter verlassen oder den Tod von Menschen in Kauf nehmen.

Begründung:

Das Sterben von Geflüchteten auf dem Mittelmeer setzt sich jeden Tag fort. Über 2.299 Menschen sind im Jahr 2018 ertrunken, viele Tausende in den vergangenen Jahren, täglich kommen weitere hinzu.

Die Dunkelziffer dürfte noch deutlich höher liegen. Europäische Regierungen stellen nicht nur jegliche staatliche Seenotrettung ein, sondern kriminalisieren auch die zivilgesellschaftliche Seenotrettung und behindern ihre Arbeit.

Das widerspricht unserer Überzeugung als weltoffener Stadt. In den letzten Jahren haben die Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt, die Verwaltung und die Politik gezeigt, dass sie bereit und fähig sind, geflüchtete Menschen aufzunehmen und zu integrieren.

Wir sind bereit, im Rahmen eines Bundesaufnahmeprogramms unseren Teil zu leisten, um das Sterben im Mittelmeer zu beenden und den Geflüchteten ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

Jonas Seidel